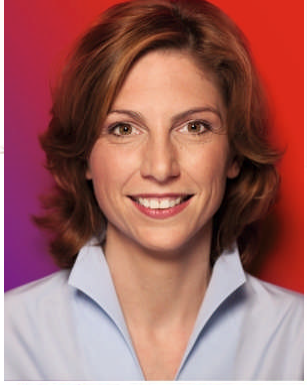
03 / 2014 www.SBL2013.de 24.01.14

Infoservice



Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
allmählich hat uns der Alltag wieder… zur letzten Weichenstellung für die nächsten Wochen und Monate hat sich das Bundeskabinett in dieser Woche in Meseberg zur Klausurtagung getroffen. Den aktuellen O-Ton dazu liefert uns diese Woche Thomas Oppermann. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns gelingen wird ohne große Stolpersteine die Arbeit aufzunehmen und Akzente zu setzen. Die ersten Schritte dazu wurden bereits von Andrea Nahles, mit der Vorlage des Rentenreformpaketes, gemacht. Die Menschen werden uns daran messen, ob es uns gelingt, den Koalitionsvertrag auch umzusetzen. Und sie werden uns dafür nicht unendlich viel Zeit lassen! Die Kommunal- und Europawahl wird ein erster Indikator für die Stimmung und das Erreichen unserer Ziele sein- deshalb heißt es jetzt Ärmel hochkrempeln und ran an die Arbeit. Damit wir nicht nur in Berlin erfolgreich sind, sondern auch bei den Kommunalwahlen sozialdemokratische Gewinne verzeichnen können.
Herzlichst *eure Sabine*

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Es geht los: Kabinettsklausur in Meseberg

Zur Kabinettsklausur ganz frisch den O-Ton von Thomas Oppermann:
„In Meseberg wird die Koalition das Programm für 2014 festlegen. Nach Meseberg wird die Koalition kraftvoll durchstarten: Energiewende, Rentenreform und Mindestlohn, dazu die Erstellung eines Bundeshaushaltes für 2014. Das sind vier Projekte für die nächsten Monate.
Bei der Rente geht es darum, dass Lebensleistungen anerkannt und schwierige Lebenslagen besser gemeistert werden können. Damit schaffen wir sozialen Fortschritt, der finanzierbar ist aus den Überschüssen der Rentenkasse. Das ist keine Entscheidung zulasten künftiger Generationen, sie werden auch von diesen Regelungen profitieren. Diese Generationen erkennen an, dass es bei den Müttern, die Kinder großgezogen haben und den Arbeitnehmern, die 45 Jahre lang hart gearbeitet haben, es in erster Linie um Menschen geht, die zur Stabilisierung unseres sozialen Sicherungssystems beigetragen haben.
Alle Minister der Großen Koalition sind hochmotiviert, für die sozialdemokratischen Minister kann ich das ganz besonders feststellen. Wir haben vier Jahre lang dafür gearbeitet, mit guten Konzepten in einer Bundesregierung antreten zu können. Davon haben wir schon in den Koalitionsverhandlungen profitiert.
Dass es jetzt SPD-Minister sind, die die wichtigen Projekte der nächsten Monate betreiben, wird sich auch wieder ändern. Herr de Maizière wird bald ein Konzept für die Beseitigung des Optionszwangs bei der doppelten Staatsbürgerschaft auf den Tisch legen. Frau von der Leyen wird die Bundeswehrreform vorantreiben. Und dann werden auch CDU-Minister wichtige Projekt dieser Koalition auf den Weg bringen.“

Europa

Keine weitere Verzögerung bei der EU-Datenschutzgrundverordnung

Bei den Verhandlungen zur europäischen Datenschutzgrundverordnung müssen der JI-Rat, die Kommission und das Europäische Parlament an einem Strang ziehen. Nur so kann eine Verabschiedung noch vor den Europawahlen im Mai 2014 erreicht werden. Insofern ist es ein positives Signal, dass der JI-Rat das Thema Datenschutz bei seinem heutigen informellen Treffen ganz oben auf seine Agenda gesetzt hat. „Es ist ein positives Signal, dass der Entwurf der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ganz oben auf der Verhandlungsagenda des informellen Ratstreffen steht, zumal sich die letzte Bundesregierung den Vorwürfen ausgesetzt sehen musste, die Verhandlungen zur DS-GVO im Rat und damit letztendlich den Trilog zu blockieren. Noch ist es nicht zu spät. Wenn sowohl das Europäische Parlament als auch die Kommission und der Rat gemeinsam für einen starken Datenschutz an einem Strang ziehen, könnte die DS-GVO noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament Ende Mai 2014 verabschiedet werden. Das an sich hohe Datenschutzniveau in Deutschland verliert bei weltweit zunehmender Vernetzung und Digitalisierung an Bedeutung, wenn es keine Regelungen gibt, die diesem Niveau auch auf dem großen europäischen Markt zur Durchsetzung verhelfen. Die Enthüllungen der letzten Monate über die sogenannte NSA-Affäre über das Ausmaß staatlicher Kontrolle und Überwachung jeglicher Form von Kommunikation haben dafür gesorgt, dass wesentliche Punkte in dem Verordnungsentwurf bereits verschärft und verbessert wurden.
Der federführende LIBE-Ausschuss im Europäischen Parlament hat sich nach zähen Verhandlungen auf einen tragfähigen Kompromiss einigen können, der sowohl Verbraucher- als auch Wirtschaftsinteressen berücksichtigt. An diesem Punkt sollten wir anknüpfen und uns nicht der Gefahr aussetzen, nach den Europawahlen den Kampf für einen starken Datenschutz noch einmal von vorne führen zu müssen.

Rente

Nahles setzt wichtigen Akzent in Seniorenpolitik

Der vorgelegte Referentenentwurf für eine Rentenreform ist ein gutes Signal für unsere Seniorenpolitik. Eine ausreichende finanzielle Absicherung ist Grundlage für eine gute sozialdemokratische Seniorenpolitik, wie zum

Beispiel eine bessere Teilhabe älterer Menschen und altersgerechtes Wohnen.
„Sozialministerin Nahles legt in Rekordzeit einen gelungenen Entwurf für eine Rentenreform vor. Eine ausreichende finanzielle Absicherung im Alter ist wesentlicher Bestandteil für einen gelungenen Politikmix für ältere Menschen. Dazu gehören für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch Maßnahmen für altersgerechtes Arbeiten. Wer sich im Job wohl fühlt und gesund ist, wird auch keinen früheren Rentenbezug benötigen.
Zu einem gelungenen Politikmix für ältere Menschen gehört für uns auch eine bessere Beteiligung von älteren Menschen, altersgerechtes Leben und Wohnen, eine optimale Gesundheitsförderung und gute Pflege.

Gesundheit

Qualitätsoffensive für Krankenhäuser

Patientinnen und Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass sie im Krankenhaus nach dem neusten medizinischen Stand und in bester Qualität behandelt werden. Dazu wollen wir sehr schnell eine Qualitätsoffensive gemeinsam mit den Krankenhäusern starten.
„Die Studie der AOK zeigt, dass die Qualität in deutschen Krankenhäusern noch weiter verbessert werden kann. Das wird ohne mehr Personal, besonders im Bereich der Pflege, nicht gehen. Deshalb müssen die Personalkosten der Krankenhäuser in den Budgetverhandlungen besser abgebildet werden.
Im Koalitionsvertrag haben wir außerdem vereinbart, ein neues Qualitätsinstitut zu gründen, die Qualitätsberichte der Krankenhäuser zu verbessern, OP-Sicherheits-Checklisten zum Standard zu machen, Qualitätsverträge zwischen Kassen und Krankenhäusern zu ermöglichen und Register zur Beobachtung der Langzeitergebnisse aufzubauen. Bei bestimmten Indikationen soll Patientinnen und Patienten immer eine Zweitmeinung angeboten werden, die von der Krankenkasse bezahlt wird.
Die Qualitätsverbesserungen in den Krankenhäusern müssen jetzt schnell angegangen werden. Das liegt nicht nur im Interesse der Patientinnen und Patienten, sondern auch im ureigenen Interesse der Krankenhäuser selber. Auch die Krankenkassen profitieren, weil jeder vermiedene Behandlungsfehler Geld spart.“

Menschenrechte

Friedensprozess im Südsudan vorantreiben

Die humanitäre Lage im Südsudan ist dramatisch. Das wichtigste Ziel muss zunächst sein, einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen, um das Leid der Bevölkerung einzudämmen. Die internationale Gemeinschaft muss daher dringend ihre Bemühungen verstärken, den Machtkampf zwischen Präsident Salva Kiir und seinem früheren Stellvertreter Riek Machar zu beenden. Eine Friedenslösung wird nur möglich sein, wenn konsequent ein gesellschaftlicher Versöhnungsprozess mit allen beteiligten Kräften verfolgt wird.
„Das gegenwärtig Wichtigste für die Menschen im Südsudan ist ein sofortiger Waffenstillstand. Jeder Tag, den die Konfliktparteien in Addis Abeba länger verhandeln, bringt weiteres Unglück über die Bevölkerung und kostet Menschenleben. Die internationale Gemeinschaft muss daher dringend ihre Bemühungen verstärken, den Machtkampf zwischen Präsident Salva Kiir und seinem früheren Stellvertreter Riek Machar zu beenden.
Die humanitäre Lage im Land ist dramatisch und wird sich vermutlich noch verschärfen, da wegen der Kämpfe die Felder nicht bestellt werden können. Auch deshalb ist noch vor der Regenzeit im Frühjahr ein Waffenstillstand nötig. Es ist sehr zu begrüßen, dass Deutschland 14,5 Millionen Euro für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt hat.
Auch UNMISS kann seiner Schutzverantwortung für die Zivilbevölkerung nicht gerecht werden. Ausgangssperren, Anmeldung von Patrouillen und verpflichtende Begleitung durch südsudanesische Organe erschweren die Arbeit extrem. Hier muss der UN-Sicherheitsrat das Mandat anpassen. Deutschland und andere im Südsudan engagierte Staaten sollten bei den Vereinten Nationen eine Mandatsänderung aktiv befördern.
So wichtig ein Waffenstillstand ist – er bedeutet noch keinen dauerhaften Frieden. Den kann es nur geben, wenn an einer Friedenslösung möglichst viele zivilgesellschaftliche Kräfte mitwirken und wenn konsequent ein gesellschaftlicher Versöhnungsprozess verfolgt wird. Dazu gehört auch, dass die Täter von Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden. Auch ein internationales Waffenembargo könnte dazu beitragen, den Konflikt von der militärischen wieder auf die politische Ebene zu ziehen. Gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten sollte Deutschland in diesem Sinne Druck auf Kiir und Machar ausüben.“

Bonbon

"Wir können uns eine spürbare Erhöhung des Oppositionszuschlags für die Fraktionen vorstellen. Das würde der Opposition ermöglichen, ihre Arbeitsfähigkeit zu verbessern. "

(Thomas Oppermann)

Arbeit & Soziales

Neue Behindertenbeauftragte ein Gewinn

Die neue Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Verena Bentele wird sich wie die SPD-Bundestagsfraktion intensiv für die Belange behinderter Menschen einsetzen. Dazu zählt auch, ein Bundesteilhabegesetz auf den Weg zu bringen, um die Kommunen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung stärker als bisher finanziell zu unterstützen.
Die Politik für die Belange behinderter Menschen ist bei Verena Bentele in den besten Händen. Nichts über uns ohne uns – das ist unser Ansatz für das Miteinander von behinderten und nicht-behinderten Menschen in unserer Gesellschaft.
Die SPD-Bundestagsfraktion wird weiterhin alles dafür tun, dass dies gelingt. Deshalb werden wir auch ein Bundesteilhabegesetz auf den Weg bringen, um die Kommunen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung stärker als bisher finanziell zu unterstützen.
Die SPD-Bundestagsfraktion wünscht Verena Bentele für ihr neus Amt viel Erfolg. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und ein erstes Gespräch mit ihr in der Arbeitsgruppe.Hubert Hüppe danken wir für die geleistete Arbeit in den vergangenen vier Jahren und das gute fraktionsübergreifende Miteinander.“

Termine

25.01.14	**14.00 Uhr**	**Neujahrsempfang Seniorenheim Puderbach**
26.01.14	**11.00 Uhr**	**Neujahrsempfang SPD Neuwied**
27.01.14 – 31.01.14		*Sitzungswoche in Berlin*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**